

Gastkommentar

Kommt die Kultur als freiwillige Aufgabe bald unter die Räder?

von Dr. Catrin Gocksch-Bartel, Mitglied des Lichtenberger Kulturbeirates
und Zweigstellenleiterin einer Berliner Musikschule

Der Innenminister der Bundesrepublik Deutschland, Otto Schily, erklärte vor einiger Zeit, dass die **Kultur die eigentliche Essenz des menschlichen Lebens** sei. Mit seinem Anspruch befindet sich der Minister in bester Gesellschaft mit dem 17. Deutschen Städtetag, der bereits 1973 formulierte: „Das einseitige Überwiegen der Belange des Wirtschaftssystems bei der bisherigen Stadtentwicklung ist dahingehend zu korrigieren, dass eine gestaltete Stadtumgebung geschaffen wird, in der Arbeit, Wohnen und Freizeit wieder miteinander verbunden werden.“ Was schon vor rund 30 Jahren als bedeutungsvoll galt, hat bis jetzt noch nichts von seiner Aussagekraft verloren und ist heutzutage aufgrund der rigorosen Sparpolitik des Senats von Berlin mehr denn je aktuell. Es **darf nicht dazu kommen, dass die Belange der Wirtschaft als so vorrangig angesehen werden**, dass die bisherige Entwicklung im kulturellen Bereich zunichte gemacht wird. Denn das stärkste Hemmnis der gegenwärtigen kommunalen Kulturarbeit mit verheerenden Auswirkungen ist ihre Festlegung als „freiwillige Aufgabe“ im Gegensatz zu den im Haushaltsplan gesetzlich festgelegten Pflichtaufgaben wie z. B. die Zahlung von Sozial- und Jugendhilfe. Diese steigen bekanntermaßen durch die weiter anwachsende Arbeitslosigkeit unaufhörlich an, so dass kaum noch Finanzen für die Kultureinrichtungen übrig bleiben und jene gezwungen sind, mit immer weniger Geldmitteln auszukommen. Darum müssen in vielen Bereichen unablässig mehr Aufgaben mit immer weniger Beschäftigten erfüllt werden, was zur Nivellierung gewachsener und bewährter Angebotsstrukturen führt und auf keinen Fall zur Verbesserung der Qualität der Arbeit beiträgt. So werden zukünftig in der Lichtenberger Musikschule Aufgaben, die bis jetzt festangestellte MusikpädagogInnen geleistet haben, von weit günstigeren Honorarkräften erledigt werden, die sich zu ca. 80 % selbst tragen, keine Lohnnebenkosten verursachen und auch über keinerlei Rechte als Beschäftigte verfügen. Dies ist **besonders für Frauen problematisch, da für sie nicht einmal der Mutterschutz gilt**. Sollte die rigide Finanzpolitik in diesem Sinne weiterbestehen, ist zu vermuten, dass auch die Honorarmittel auf längere Zeit reduziert werden und sich somit das Angebot weiter verringern wird. Es soll kein Horrarszenario dargestellt werden, aber die Wahrheit sieht so aus, dass berlinweit in den letzten sechs

Jahren 10.000 Plätze weggekürzt wurden und **zur Zeit 14.000 Bewerber auf den Wartelisten der Musikschulen** vermerkt sind. Man hat sogar ins Auge gefasst, den Hohenschönhausener Standort aufzugeben, was für die Kinder, Jugendlichen, Eltern und auch LehrerInnen erhebliche Querelen und Probleme mit sich bringen würde, anstatt ihre Kreativität und Freude an der Musik zu unterstützen. Ein Teil des Angebotes soll dezentral in verschiedenen allge-



Dr. Catrin Gocksch-Bartel

meinbildenden Schulen untergebracht werden. Dadurch wäre einerseits die Ensemblesfähigkeit und der für die Arbeit **unentbehrliche notwendige Kontakt zwischen den KollegInnen gefährdet** sowie andererseits die unverzichtbare fachgerechte Lagerung des Instrumentariums nicht mehr gewährleistet. Das Ende der Institution Musikschule als klingendes kulturförderndes Haus ist damit vorprogrammiert. Anfänglich mussten die Hohenschönhausener lange Zeit die ziemlich weit entfernte Musikschule Weißensee besuchen, da in Hohenschönhausen erst in den 80er Jahren eine eigenständige Musikschule eröffnet wurde. Seitdem brauchen die Kinder und Jugendlichen nicht mehr 90 Minuten Wegezeit zur Musikschule in Kauf zu nehmen, jedoch wie lange noch? Es ist nicht schwierig, sich vorzustellen, wie zermürbend es

ist, wenn man nach absolviertem Schulpensum einen langen Anmarschweg zur Musikschule zu überwinden hat und dann noch aufnahme- und leistungsfähig für den Unterricht sein soll. Doch die Mittelreduzierung innerhalb der Musikschule ist nur ein Beispiel dafür, welche Schwierigkeiten im Rahmen der Lichtenberger Kulturpolitik zu bewältigen sind. Darüber hinaus müssen Galerien umverlagert oder geschlossen werden, und **das Studio Bildende Kunst wird einem freien Träger überlassen**, der die Trägerschaft wahrscheinlich gar nicht leisten kann. Der Bezirkskulturfonds weist nur einen Etat von rd. 34.000 Euro auf, aus dem 41 um Unterstützung werbende Kunst- und Kulturprojekte bezahlt werden sollen. Solche Gegebenheiten erbittern besonders, wenn man sich als Mitglied des Lichtenberger Kulturbeirates für die Kultur im Heimatbezirk engagiert und die Situation verbessern möchte. Deswegen strebe ich danach, mit etwas Mut und Fantasie neue Wege auszuloten. Von zwei Seiten könnte an die neue Kulturkonzeption herangegangen werden. Zum Einen **sollten kulturelle Aufgaben nicht mehr als „freiwillige Aufgaben“ behandelt werden**, damit eine gesetzliche Basis für deren konstante Finanzierung gestaltet werden kann. Zum Anderen sollte man **an die Unternehmen im Bezirk herantreten, um diese für eine Kulturstiftung zu begeistern**. Meine Erfahrung besagt, dass auf diesem Gebiet einige Ressourcen vorhanden sind, die es zu erschließen gilt. Aber auch die Bevölkerung würde bereit sein, an der Gestaltung des eigenen kulturellen Lebens mitzuwirken. Es gibt in unserem Bezirk unzählige Bürgerinnen und Bürger, die leider ohne Arbeit sind, aber trotzdem viele Fähigkeiten besitzen, die sie in verschiedenste Felder des kulturellen Lebens einbringen könnten. Es wäre ein Versäumnis, diese Menschen nicht für ehrenamtliche Tätigkeiten zu werben. Mit einiger Vorstellungskraft ließe sich beispielsweise ein Ort einrichten, wo Kinder und Jugendliche nachmittags von nicht mehr im Berufsleben stehenden Künstlern unterschiedlichster Couleur ehrenamtlich betreut werden würden. Es wäre großartig, wenn wir möglicherweise durch Entschlossenheit, Tatkraft und Unerschrockenheit ein Aufleben der Kultur in unserem Bezirk erreichen und dadurch ein familienfreundlicheres Gemeinwesen gewinnen würden, mit dem sich viele Bürgerinnen und Bürger identifizieren könnten.

Am 13. Juni 2004 ist **Europawahl!**

Negativpropaganda der CDU

Positiv denken und handeln – statt schlecht reden und lamentieren

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

Wie kürzlich der Tagespresse zu entnehmen war, warnt die CDU-Fraktion in der BVV Lichtenberg vor Verelendung der Viertel Frankfurter Allee Süd, Fennpfuhl und Neu-Hohenschönhausen. Es ist das alte deutsche Problem: Das Glas ist immer halb leer und nicht halb voll. Gerne gibt man sich Weltuntergangsszenarien hin. Pro-

bleme werden nicht positiv angegangen und beseitigt, sondern genüsslich größer geredet. Wir stellen nicht in Abrede, dass die genannten Kieze unserer verstärkten Aufmerksamkeit bedürfen und negativen Tendenzen entgegengewirkt werden muss. Nicht von ungefähr setzen wir uns massiv für den Erhalt des Studios

Bildende Kunst im Viertel Frankfurter Allee Süd ein. Die CDU-Fraktion sollte uns dabei lieber unterstützen, als mit populistischer Negativpropaganda den Wegzug aus der Platte noch zu forcieren. Positiv denken und handeln – statt schlecht reden und lamentieren, das ist das Motto der SPD-Fraktion!

Aktionsplan gegen Rechts

Zentrum Demokratische Kultur ohne demokratische Kultur?

Der u.a. mit finanziellen Mitteln des Bezirks Lichtenberg geförderte und vom Zentrum für Demokratische Kultur herausgegebene „Lokale Aktionsplan Lichtenberg – Für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ enthält auf Seite 10 folgende Textpassage: „Das Staatsangehörigkeitsrecht – trotz seiner Änderungen – und die daraus resultierenden Ausländer- und Asylgesetze stellen eine strukturelle Dimension von Rassismus dar, da in diesen Gesetzen die Verweigerung einiger bürgerlicher Rechte geregelt ist. In dieser gesellschaftlichen Praxis der Ausschließung von bestimmten Rechten für Men-

schen aufgrund ihrer Herkunft wird Ungleichheit gesetzlich begründet und bestehende Ungleichbehandlung legitimiert und bekräftigt.“ Dies war Anlass für die SPD-Fraktion Lichtenberg in der BVV am 18.02.04 das Bezirksamt zu fragen: „Teilt das Bezirksamt diese Einschätzung und ist es richtig, öffentliche Gelder für eine derart negative Kommentierung der bestehenden Rechtslage einzusetzen bzw., wenn nein, was gedenkt das Bezirksamt gegen die o.g. Darstellung zu tun?“ Grundsätzlich begrüßen wir natürlich die Erarbeitung eines Aktionsplanes gegen Rechts. Er sollte jedoch keine Textpassagen enthalten, die sich

gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die bestehende Rechtslage richten und somit unterstellt, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes (z.B. Bürgeramt, Standesamt) bei der Anwendung des Rechts gegenüber ausländischen MitbürgerInnen fremdenfeindlich handeln. Die Bezirksbürgermeisterin, Frau Emmrich, hat sich in der BVV nur halbherzig von diesem Text distanziert. Eine Veränderung der Broschüre wurde nicht in Aussicht gestellt. Wenn seitens der PDS-Fraktion geäußert wurde, dass man kein Gefälligkeitsgutachten wolle, so empfinden wir diese Argumentation als zynisch. **bm**

Neues vom Lichteberger Jugendamt

Ignoranz? Unfähigkeit? Schlamperei?

Hatten die Lichtenberger Bezirksverordneten nicht erst in der BVV im Januar lang und breit (ca. 2 Stunden) über die Unterlassungen und Verfehlungen des Jugendamtes Lichtenberg debattiert (wir berichteten in Ausgabe 02/04), wurde jetzt gleich der nächste Fehltritt bekannt: Im Dezember 2003 wurden keine zusätzlichen Erzieherinnen und Erzieher für die Lichtenberger Kitas bei der Senatsverwaltung für Finanzen angefordert, weshalb seit Januar 2004 Eltern mit nachweislich dringendem Platzbedarf von bezirklichen Kindertagesstätten mangels freier Kapazitäten abgewiesen werden mussten. Dadurch droht den Betroffenen unter Umständen der Verlust des Arbeitsplatzes bzw. hätte durch die Aufnahme einer Beschäftigung bei Alleinerziehenden die Sozialkassen entlastet werden können. Die SPD-Fraktion Lichtenberg stellte deshalb

folgende Anfragen in der BVV am 18.02.04: „Wer trägt die Verantwortung dafür, dass im Dezember 2003 keine zusätzlichen Erzieherinnen und Erzieher für die Lichtenberger Kitas bei der Senatsverwaltung für Finanzen angefordert wurden und deshalb seit Januar 2004 Eltern mit nachweislich dringendem Platzbedarf von bezirklichen Kindertagesstätten mangels freier Kapazitäten abgewiesen werden?“ und „Ist dem Bezirksamt bekannt, dass dadurch Eltern ihre Arbeit nicht aufnehmen können und somit der Verlust des Arbeitsplatzes drohen kann?“ Um Abhilfe zu schaffen, brachte die SPD-Fraktion zusätzlich nachstehenden Antrag ein: „Das Bezirksamt wird ersucht, sicherzustellen, dass jedem Elternteil im Bezirk, der einen Arbeitsplatz oder sonstigen dringenden Platzbedarf nachweisen kann, ein Kitaplatz zur Verfügung gestellt wird.“ Es

ist eine unendliche Geschichte mit diesem Jugendamt! Das Leitbild eines kinder- und familienfreundlichen Bezirks Lichtenberg darf in der Praxis nicht dadurch ausgehöhlt werden, dass Elternteilen der Verlust des Arbeitsplatzes droht oder die Aufnahme einer Beschäftigung verhindert wird, weil sie in Einrichtungen des Bezirks Lichtenberg keinen Kitaplatz zugewiesen bekommen. Und das nur, weil scheinbar vergessen wurde, weiteres Personal anzufordern. Ein unglaublicher Vorgang! **kh**

Impressum:
Herausgeber: SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,
Tel.: 57795448 Fax: 57795449
e-mail: fraktion@spd-lichtenberg.de
web: www.spd-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein, B. Schymetzko